

## Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und  
funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld

Dietmar Hüser

### I. Annexionsdebatten und Methodenfragen

Selbstverständlich wollte Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg die Saar<sup>1</sup> annectieren. Ein Großteil der Zeitgenossen dachte das allemal. Und sprach denn nicht wirklich fast alles dafür?<sup>2</sup>

*Saar-Annexion zeitgenössisch: "Aber selbstverständlich!"*

Der geschichtliche Kontext? - Schon Clemenceau hatte nach dem Ersten Weltkrieg über wirtschaftliche und militärische Bedürfnisse hinaus national-sentimentale Argumente ins Feld geführt, die historischen Bande aus "vorpreußischer" Zeit, um eine Annexion der Saar zu begründen.<sup>3</sup> Was lag näher, als ein Gebiet zu annectieren, das viele für zumindest "teilfranzösisch" hielten?

Der (sicherheits-)politische Kontext? - Die Versailler Friedensregelung 1918/19 war gescheitert. Was lag näher, als dem besiegten Deutschland noch schärfer entgegenzutreten als damals, um langfristig Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt zu gewährleisten?<sup>4</sup> Was lag näher, als territoriale Höchstforderungen zu stellen, als Rhein,

---

<sup>1</sup> Einen ausführlichen Forschungsüberblick zur Saar nach dem Zweiten Weltkrieg bietet der Sammelband von Rainer Hudemann u. Raymond Poidevin (Hg.) unter Mitarbeit von Annette Maas, *Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. La Sarre 1945-1955. Un problème de l'histoire européenne*, München 1995; zuletzt pointiert Armin Heinen, *Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955*, Stuttgart 1996, S. 11-20. Zum Forschungsstand über Frankreichs Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre vgl. Dietmar Hüser, *Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive - Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944-1950*, Berlin 1996, S. 21-42 sowie Rainer Hudemann, *Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 6 / 1997*, S. 31-40.

<sup>2</sup> Zuletzt im Sinne der Annexionsthese Georges-Henri Soutou, *Frankreich und die Deutschlandfrage 1943 bis 1945*, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Ende des Reiches - Ende des Zweiten Weltkrieges*, München 1995, S. 75-116 sowie der Beitrag von Wilfried Loth in diesem Band.

<sup>3</sup> Vgl. schon Pierre Renouvin, *Le traité de Versailles*, Paris 1969, S. 15.

<sup>4</sup> Zuletzt André Kaspi, *La Libération de la France (Juin 1944 - Janvier 1946)*, Paris 1995, S. 243f.

Ruhr und Saar definitiv deutscher Hoheitsgewalt zu entziehen? Der ökonomische Kontext? - Frankreich war nach vier Jahren Besatzung und Ausbeutung finanziell und wirtschaftlich völlig am Ende. Was lag näher als der unmittelbare Zugriff auf deutsche Ressourcen, auf Kohlegruben und Stahlschmieden für den eigenen Wiederaufbau?<sup>5</sup>

Der interalliierte Kontext? - Die Vereinigten Staaten und Großbritannien hatten noch während des Krieges zu verstehen gegeben, sie würden sich französischen Sonderrechten an der Saar nicht in den Weg stellen.<sup>6</sup> Was lag näher als solch prinzipielle Rückendeckung möglichst rasch für einen Alleingang an der Saar zu nutzen?

Der Erwartungshorizont der Franzosen? - Die Befreiung des Landes im Sommer 1944 hatte die aufgestauten Traumata der letzten Jahre nur zeitweise überdecken können. "Es den Boches heimzuzahlen" war zugleich Blitzableiter alltäglicher Probleme und Mittel moralischer Wiederaufrichtung. Nirgends ging die öffentliche Zuversicht weiter als an der Saar.<sup>7</sup> Was lag näher, als den spezifischen Saar-Erwartungen der Franzosen Rechnung zu tragen?

Die Äußerungen der "Großen Politik"? - Der außenpolitische Ausschuß der Beratenden Nationalversammlung stieß Anfang Mai 1945 ins gleiche Horn, sprach sich mehrheitlich für eine politische Annexion der Saar mit späterer Optionsmöglichkeit der Bevölkerung aus.<sup>8</sup> Was lag näher, als dies ebenso für bare Münze zu nehmen wie andere öffentliche Polit-Verlautbarungen?

Die Haltung de Gaulles? - De Gaulle war 1944/45 Held und Hoffnungsträger einer ganzen Nation. Schon seine Herkunft schien eindeutige Deutschlandbilder und -forderungen zu präjudizieren.<sup>9</sup> Gerade die wenig präzisen Orakelsprüche galten als schlagender Beweis dafür, daß der "Machtpolitiker mit Vision" ganz genau wußte, was er

<sup>5</sup> Klassisch die Titulierung der französischen Besatzungszone als "Ausbeutungskolonie" bei Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart 1983, S. 96.

<sup>6</sup> Zuletzt Ulrich Pohlmann, Die Saarfrage und die Alliierten 1942-1948, Frankfurt/M. u.a. 1993, S. 69f. sowie Martin Kerkhoff, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Saarfrage 1945 bis 1954, Stuttgart 1996, S. 31f.

<sup>7</sup> Gerade einmal 15% der Befragten sprachen sich anlässlich einer IFOP-Umfrage Mitte Dezember 1944 gegen eine Saar-Annexion aus, 75% dafür. Für das gesamte linke Rheinufer lag der Prozentsatz derjenigen, die eine Annexion gegenüber anderen Lösungen bevorzugten, bei 41 in Paris und 48 in der Provinz. Vgl. Bulletin d'Information de l'Institut Français de l'Opinion Publique n°6 (16.12.44) S. 9 sowie ibid., n°7 (1.1.45) S. 9. Vgl. daneben unzählige Präfektenberichte der Zeit, z.B. RP (Rapport de Préfet) Charente-Maritime, 10.4.45, AN F1cIII 1214; RP Bouches-du-Rhône, 16.4.45, AN F1cIII 1210; RP Haute-Savoie, 15.5.45, AN F1cIII 1226; RP Alpes-Maritimes, 17.5.45, AN F1cIII 1208; RP Doubs, 25.5. u. 25.6.45, AN F1cIII 1217; RP Loire, 19.6.45, AN F1cIII 1220; RP Bas-Rhin, Avril 1946, AN F1cIII 1224; RP Moselle, 16.5.46, AN F1cIII 1222; RP Dordogne, 8.8.46, AN F1cIII 1217.

<sup>8</sup> Zit. nach A l'Assemblée consultative, o.A., in: Le Monde, 8.5.45.

<sup>9</sup> Zuletzt tendenziell Edgar Wolfrum, Peter Fäßler u. Reinhard Grohnert, Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945-1949, München 1996, S. 35f.

gegenüber Deutschland mit welchen Mitteln erreichen wollte: je vager die Andeutung desto markanter die (Fehl-)Wahrnehmung. Was lag näher, als es im Westen Deutschlands Stalins Vorgehen im Osten gleichzutun?

Schließlich die historischen Quellen? - Seit nunmehr gut zehn Jahren liegt ein Dokument aus den Archiven des französischen Außenministeriums vor, in dem zumindest indirekt das steht, was ohnehin schon jeder gewußt, de Gaulle jedoch öffentlich nicht zu sagen gewagt hatte, daß er nämlich im Sommer 1945 die Saar-Annexion beabsichtigt habe.<sup>10</sup> Was lag näher, als darin den ultimativen Nachweis zu sehen?

Bilanz? - Zeitgenössisch erschien der Wille der Provisorischen Regierung, die Saar zu annektieren, vielerorts geradezu als Banalität, als fast schon ausgemachte Sache: in den alliierten Hauptstädten, im besiegten Deutschland, in der französischen Öffentlichkeit. Alle glaubten es, die Pariser Diplomatie wußte es, jedenfalls vermutete sie es.<sup>11</sup>

Doch was wollte sie selbst, was dachte de Gaulle, was glaubte Bidault, später Schuman, was meinten die Besatzungsspitzen Koenig, Laffon, Grandval? Da die Saarfrage 1944/45 weder regierungsintern noch international wirklich zur Debatte stand, sich präziserte Positionen im Grunde erübrigten, hielt tendenziell - und pointiert formuliert - jeder den anderen für einen potentiellen Annexionisten: Koenig und Laffon dachten an die französische Regierung insgesamt, Bidault an de Gaulle, Schuman an Grandval, dieser wiederum an Koenig und Laffon.<sup>12</sup> Faktisch schuf die ungeklärte Saarfrage eine Atmosphäre der Unsicherheit, zugleich war sie deren Ausdruck.

Zunächst galt die Saar-Annexion als ganz selbstverständliches Ziel französischer Deutschlandpolitik bei Befreiung, Kriegsende, darüber hinaus - und bis hinein in die Historiographie und deren aktuelle breitenwirksame Multiplikatoren.<sup>13</sup> Doch bei genauer Betrachtung lassen sich kritische Einwände kaum von der Hand weisen: aus dem "aber selbstverständlich" wird zumindest ein "vielleicht, aber ..."

<sup>10</sup> Vgl. Entretiens du 8 Octobre 1945 avec le Général de Gaulle, o.A., Archives du Ministère des Affaires Etrangères (MAE) Y (1944/49) 394. Erstmals zit. bei Reinhard Schreiner, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944-1948, Frankfurt/M. 1985, S. 40 u. 181.

<sup>11</sup> Vgl. schon Bureau d'Etudes Chauvel, Perspectives allemandes, Mars 1943, MAE Papiers 1940 BECH 113; Brief René Massigli an Antoine Béthouart, 23.5.44, MAE GU (1939/45) 716.

<sup>12</sup> Vgl. Heinen, Saarjahre, S. 57f.

<sup>13</sup> Vgl. den "Stufenplan französischer Saarannexion" als Erläuterungen von Marc Ferro zur Saarproblematik 1946/47, in: Histoire parallèle - Die Woche vor 50 Jahren, Semaine du 11 janvier 1947 - Woche vom 11. Januar 1947, Arte 11.1.97, sowie Semaine du 1er février 1947 - Woche vom 1. Februar 1947, Arte, 1.2.97 sowie die Ausführungen von Guido Knopp, Wiedervereinigung im kleinen, in: Damals 29 (1997), S. 8-11.

*Saar-Annexion historiographisch: "Vielleicht, aber ..."*

Vielleicht wollte Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg die Saar annektieren, aber waren denn historisierende Argumentationen nach den Erfahrungen der Abstimmung von 1935 überhaupt noch in der Lage, eine ernstzunehmende Rolle im Pariser Saar-Diskurs zu spielen?<sup>14</sup> Vielleicht, aber konnten denn klassische Territorialziele und Maginot-Strategien im Zeitalter der Atombombe sicherheitspolitisch noch ähnliches argumentatives Gewicht beanspruchen wie zuvor?<sup>15</sup> Vielleicht, aber entsprach es denn dem demokratisch-republikanischen Selbstverständnis im Land der Menschen- und Bürgerrechte, völkerrechtswidrigen Praktiken des nationalsozialistischen Deutschlands nachzueifern, um sich damit selbst zu diskreditieren?<sup>16</sup>

Vielleicht wollte Frankreich die Saar annektieren, aber ließen sich denn Lernfähigkeit in Politik und Diplomatie von vornherein ausschließen, blieben denn grundlegende Erfahrungen der 20er und vor allem der 30er Jahre völlig belanglos für die französische Deutschland- und Saarplanung seit 1943/44?<sup>17</sup> Vielleicht, aber betrachteten denn die neuen Führungsgruppen die innere und äußere Lage bei Befreiung und Kriegsende als "*Traumland politischer Machbarkeit*", überschätzten sie in Verkennerung der Realitäten ganz und gar die internationale Stellung der Siegermacht zweiter Ordnung?<sup>18</sup> Vielleicht, aber genoß denn das Gebiet in der Pariser Wiederaufbau- und Modernisierungsdiskussion tatsächlich den wirtschaftlichen Stellenwert, der sich in saarländischer Perspektive von selbst versteht und keiner Nachfrage bedarf?<sup>19</sup>

Vielleicht wollte Frankreich die Saar annektieren, aber sind denn kompromißlose Deutschland-Ziele der Franzosen, der Presse, der Parteien und der Politiker im öffentlichen Diskurs umstandslos gleichzusetzen mit regierungsinternen Konzeptionen und

<sup>14</sup> Vgl. Bureau d'Etudes Chauvel, *Le problème de la Sarre et d'une rectification des frontières françaises*, o.D., MAE Papiers 1940 BECH 115. Dies auch die nach Paris übermittelte lothringische Perspektive aus dem Mosel-Departement, vgl. RP Moselle, z.B. 16.5.45 oder 1.8.45, AN F1 cIII 1222.

<sup>15</sup> Dazu Frankreichs Generalstab, z.B. EMGDN, 4<sup>e</sup> Section, Note, Politique allemande, 31.7.45, MAE Y (1944/49) 282; EMDN, 1<sup>ère</sup> Section, Mémoire relatif à la sécurité française en Allemagne, 8.4.46, AN (Archives Nationales) 457 AP 60; EMDN, Juin, Note sur l'aspect militaire du problème rhénan, 13.2.47, MAE Y (1944/49) 392.

<sup>16</sup> Vgl. MAE, Dir. Éco., Note sur le territoire de la Sarre, 4.12.44, MAE Z Europe (1944/49) Sarre 10.

<sup>17</sup> Vgl. z.B. André Philip, Rapport sur l'élaboration d'un programme d'action pour le lendemain de la Libération de la France, 18.12.43, MAE GU (1939/45) 1482.

<sup>18</sup> Vgl. schon Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen 1945-1947*, München 1989, S. 15.

<sup>19</sup> In den technischen Ministerien wie auch im Diskurs Jean Monnets war die Saar symptomatisch bis zur Konkretisierung der Wirtschaftsunion-Pläne überhaupt kein Thema.

praktischer Saarpolitik?<sup>20</sup> Vielleicht, aber ließ denn de Gaulles "*Politikstil der kalkulierten Unschärfe*" solch ungeschminkte Deutungen überhaupt zu,<sup>21</sup> war er im provisorischen Regierungssystem und deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß wirklich die unangefochtene, machtvollkommene, entscheidungsfreudige Persönlichkeit, als die er seit 1958/62 allorten gilt? Vielleicht, aber wie zentral war denn eigentlich das vorgeblich zentrale Dokument zum Beleg de Gaullescher Annexionsabsichten,<sup>22</sup> und macht es überhaupt Sinn, nach solch einem zentralen Dokument zu suchen?

Das scheint so eindeutig nicht, erst recht inmitten anderer, thematisch einschlägiger, zeitgeschichtlicher Archivalien unterschiedlicher Provenienz, erst recht angesichts eines Untersuchungszeitraumes äußerster Krisenzuspitzung, erst recht unter Berücksichtigung komplexer Entscheidungsstrukturen demokratisch verfaßter Regierungssysteme.

*Saar-Annexion methodisch: "Eher unwahrscheinlich!"*

Ganz offensichtlich macht es wenig Sinn, die Saarfrage nach dem Zweiten Weltkrieg isoliert, unabhängig von solchen und anderen relevanten Kontextfaktoren zu betrachten. Wesentliche Aspekte französischer Planung und Politik lassen sich weder klassisch diplomatie- noch rein wirtschaftsgeschichtlich erhellen. Die Annahme, der Saar-Wirtschaftsanschluß, wie er sich 1947/48 tatsächlich vollzog, sei das Resultat langfristig-kohärenter Planungsarbeit, rationaler Kosten-Nutzen-Abwägung, regierungsinterner Entscheidungsfindung, inter-alliiertes Verständigung und konsequenter Umsetzung vor Ort, greift schlicht zu kurz.<sup>23</sup>

Vielmehr hat eine sachgerechte Analyse eine ganze Palette verschiedener Ansätze, Faktoren und Ebenen zu berücksichtigen. Zunächst einmal gilt es, die Saar der frühen Nachkriegsjahre innerhalb der Zielhierarchie französischer Deutschlandpolitik insgesamt zu verorten, diese wiederum einzubetten in die gewaltige Problemfülle, der sich die neuen Pariser Führungsgruppen seit August 1944 gegenübersahen.

<sup>20</sup> Ausführlich Dietmar Hüser, *Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944-1950. Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen*, in: Stefan Martens (Hg.), *Vom "Erbfeind" zum "Erneuerer". Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Sigmaringen 1993, S. 19-64, hier S. 23-30.

<sup>21</sup> Zurecht spricht Heinrich Küppers, *Bildungspolitik im Saarland 1945-1955*, Saarbrücken 1984, S. 61 von "Taktik des Nuancierens und des Offenhaltens" sowie von "sybillinischen Redewendungen"; ähnlich Ernst Weisenfeld, *Charles de Gaulle. Magier im Elysée*, München 1990, S. 24ff. sowie Hüser, *Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik"*, S. 173-178.

<sup>22</sup> Vgl. quellenkritisch Rainer Hudemann, *Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1947*, in: ders. u. Poidevin (Hg.), S. 13-34, hier S. 28ff.

<sup>23</sup> Dazu schon Armin Heinen, *Bürokratische Entscheidungsfindung im politischen Raum. Zur französischen Wirtschaftspolitik an der Saar*, in: Hudemann u. Poidevin (Hg.), S. 159-173.

Es geht um (parti-)politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und psychologische Wurzeln "Großer Kabinettspolitik" in Frankreich. Es geht um das Verhältnis von Persönlichkeiten und Strukturen, von Handlungsautonomie und Sachzwängen, von Zielen und Hintergedanken, von Politik und Taktik nach innen wie außen. Es geht um Stufen und Zentren der Entscheidungsfindung und Politikimplementation, um Wechselwirkungen von Innen-, Außen-, Deutschland-, Besatzungs- und Saarpolitik. Und es geht um kritisches Hinterfragen zeitgenössischer bzw. historiographischer Selbstverständlichkeiten.

Die bis heute Gemüter bewegende Frage "Wollte Frankreich die Saar annektaieren?" gehört in diesen Zusammenhang. Wofür steht Frankreich - für de Gaulle, Bidault, Koenig oder Grandval, für die "classe politique", die Parteien, die Verwaltungsspitzen im Quai d'Orsay oder in den technischen Ressorts, für eine Parlamentsrede, eine Ministerialstudie oder einen Kabinettsbeschluss? Wofür steht Annexion - für einen völkerrechtlichen oder einen politischen Terminus, für eine eindeutige kurzfristige Zielvorgabe oder für ein vage (Wunsch-)Vorstellung, für praktische Politik oder für babylonische Sprachverwirrung,<sup>24</sup> wie sie die Diskussionen um politische Abtrennungen an Rhein und Ruhr prägt?<sup>25</sup>

Die Annexionsdebatte offenbart keinen Konflikt über die Existenz und Authentizität historischer Quellen, wohl aber über deren kontextgerechte Interpretation, Einordnung und Gewichtung. Die Positionen sind unterschiedlich wie auch das zugrundeliegende Verständnis von Zeitgeschichte internationaler Beziehungen bzw. außenpolitischer Prozesse in den frühen Nachkriegsjahren. Die Schere öffnet sich umso weiter, je mehr es sich um Zeiten extremer Krisenzuspitzung handelt, wie sie die Jahre nach Befreiung und Kriegsende für die politisch Verantwortlichen in Frankreich fraglos darstellten.

Idealtypisch gehen Annexionsbefürworter geradezu intentionalistisch von einem "grand design" aus, von ein für allemal klar definierten und hierarchisierten, konsequent durch die Polit-Spitze verfolgten Ansprüchen der Siegermacht Frankreich. Annexions skeptiker glauben eher "evolutionistisch" an eine zwangsläufig abwartende, lavierende und taktierende Haltung, an eine strukturell bedingte Offenheit und Vielschichtigkeit französischer Deutschlandansätze. Entscheidungsträger sehen sie nicht in einer Black Box agieren, sondern geprägt durch spezifische Sozialisationsmuster und

<sup>24</sup> Als Beispiele mit Saar-Bezug vgl. Telegramm Maurice Dejean an Massigli, 8.8.44, MAE GU (1939/45) 653; Note de la Mission diplomatique à Londres, Le problème allemand, 21.8.44, AN 457 AP 60.

<sup>25</sup> Vgl. zuletzt Dietmar Hüser, Das Rheinland in der französischen Besatzungspolitik. Realität und Rhetorik der Abtrennungsforderung 1943-1948, in: Tilman Koops u. Martin Vogt (Hg.), Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945-1949, Koblenz 1995, S. 103-128.

Kommunikationsstrukturen, durch meinungsklimatische Umstände und gewisse "forces profondes", die alltägliches Handeln mitbestimmen.

Zu solch unterschweligen, dennoch zentralen Determinanten französischer Außenpolitik mit Deutschlandrelevanz zählte die völlig negative Wahrnehmung der 30er Jahre. Die "années maudites"<sup>26</sup> standen durchweg für Dekadenz und Verfall der III. Republik, für Malthusianismus und Protektionismus, galten als mitverantwortlich für Kriegsdebakel und Besatzung. Daraus galt es Lehren zu ziehen: die Nachkriegsjahre als Chance auf Dynamik aus der Defensive.

Ein neuer, alle Kräfte mobilisierender Mythos war vonnöten.<sup>27</sup> Modernisierung lautete das Schlüsselwort: Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft, in Denken und Handeln.<sup>28</sup> Frankreich selbst hatte im Zentrum der Reflexion zu stehen, zunächst auf all seine eigenen Kräfte zu setzen, erst dann lohnte es sich, über potentielle Zubrote von der anderen Seite des Atlantiks bzw. des Rheins nachzudenken.

International schmolzen die 30er Jahre prägnant auf die Erfahrung des Münchener Abkommens zusammen. Und auch hier wollte die Lektion gelernt sein: Nur nicht die augenfällige eigene Schwäche im Konzert der Großen zur Kenntnis nehmen oder gar als Verhandlungselement akzeptieren! Stattdessen diplomatische Hartnäckigkeit an den Tag legen, die "Trümpfe des Kleinen" geschickt einsetzen, Aussichtsloses fordern, um wenigstens dem Realistischen nahekommen! Vor allem offizielle Positionen erst räumen, wenn deren Aufrechterhaltung weniger Vor- als Nachteile versprach, und selbst dann nur Stück für Stück bei entsprechender Gegenleistung! Sich durch die Westmächte nicht zum Juniorpartner degradieren lassen, gerade wegen evidenter Wertegemeinschaft und sorgenvollem Blick auf Moskauer Europaziele!<sup>29</sup> Lieber das - innenpolitisch ohnehin obligate - Bild einer Schaukelpolitik bedienen, als bestünde wirklich eine östliche Alternative über verhandlungstaktische Finessen hinaus!<sup>30</sup>

Homogenisierend auf Denken und Handeln wirkte, daß es sich bei den Deutschlandakteuren um eine überschaubare Gruppe meist junger karrierehungriger Füh-

<sup>26</sup> Vgl. Raymond Aron, Mémoires. 50 ans de réflexion politique, Paris 1983, S. 131.

<sup>27</sup> Dazu Andrew Shennan, Rethinking France. Plans for renewal 1940-1946, Oxford 1989, S. 11 u. 289f.

<sup>28</sup> Vgl. auch die zäsurentübergreifenden Studien von Michel Margairaz, L'Etat, les finances et l'économie 1932-1952, Paris 1991 und Robert Frank, La hantise du déclin. Le rang de la France en Europe 1920-1960, Paris 1994.

<sup>29</sup> Schon früh zurecht skeptisch Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegsoferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988, S. 149ff. oder John Wilson Young, France, the Cold War and the western alliance 1944-1949. French foreign policy and post-war Europe, Leicester 1990, S. 34 u. 57.

<sup>30</sup> Zum gängigen, Nachkriegspolitik prägenden Bild der 30er Jahre vgl. Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 45-48, zu biographischen Hintergründen der im folgenden charakterisierten Akteure vgl. *ibid.*, S. 152-168.

rungskräfte mit analogen Sozialisierungserfahrungen handelte. Nicht wenige kannten sich seit längerem persönlich, einige zählten zu den "non-conformistes des années trente". Mehr oder weniger zeitig fanden sie sich nach dem Desaster vom Juni 1940 im Widerstand wieder, beteiligten sich dort federführend an den Zukunftsplanungen. Im August 1944 besetzten sie schließlich maßgebliche Regierungs- bzw. Verwaltungsposten, um solche Vorstellungen nun mit Elan praktisch umzusetzen. Vorrangig war, Frankreich rasch politisch zu stabilisieren und industrie-wirtschaftlich zu modernisieren. Internationale Größe und kontinentale Sicherheit würden sich künftig ökonomisch bemessen, nicht territorial.

Unter solchen Prämissen büßt die Annexionsthese tatsächlich an Überzeugungskraft ein. Ein Blick auf neuere Forschungsergebnisse zur französischen Deutschlandpolitik allgemein relativiert möglicherweise sogar die Relevanz der Annexionsfrage überhaupt.

## II. Frühe französische Deutschland- und Saarpolitik

Die historische Realität französischer Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg - wie sie sich aus den nunmehr zugänglichen Quellenmaterialien rekonstruieren läßt - war komplexer, als dies die traditionelle These einer wiederholt kompromißlosen Revanchepolitik nahelegt.

### *"Doppelte Deutschlandpolitik"*

Frankreichs künftige Stellung auf der internationalen Nachkriegsbühne war lange alles andere als geklärt. Fest stand lediglich der beträchtliche Ansehens- und Statusverlust seit Mai / Juni 1940. Gefragt waren flexible, entwicklungsfähige Deutschlandansätze, führende Nachkriegsplaner und spätere Pariser Führungsspitzen - Hervé Alphand, Guillaume Guindeg, Robert Marjolin, René Mayer, Pierre Mendès France, Jean Monnet, Maurice Couve de Murville, André Philip, René Pleven u.a. - hielten neuerliche "l'Allemagne paiera"-Anwandlungen für völlig verfehlt. Morgenthauähnliche Unternehmungen lehnten sie durchgängig als kontraproduktiv ab.

Entscheidende Zielperspektive war die Umkehrung schwerindustrieller Machtverhältnisse in Westeuropa, ein dauerhafter Vorsprung Frankreichs gegenüber Deutschland als Sicherheitsgarantie. Mit der Saar war das gewiß nicht zu leisten, im Verhältnis zur Ruhr galt deren Industriepotential als "plat de lentilles"<sup>31</sup>, als Linsengericht. Im Vordergrund stand nicht die dauerhafte wirtschaftliche Schwächung des Nachbarlandes, vielmehr ein französischer Wiederaufbau- und Modernisierungsvor-

<sup>31</sup> Humanité-Journalist Pierre Courtade, zit. nach Pierre Durand, La politique allemande de la France 1945-1955, in: Cahiers de l'Institut Maurice Thorez 27 (1972), S. 38-46 (41).

sprung<sup>32</sup> als Voraussetzung für Kooperation und Integration, für Frieden und Sicherheit in Europa: "La solution de ces problèmes [des réparations] ne peut être trouvée que dans un contrôle étroit de l'économie allemande, contrôle envisagé non point seulement du point de vue des réparations, mais en vue d'intégrer définitivement l'économie allemande dans l'économie européenne. La question des réparations ne saurait, en effet, être dissociée de l'organisation économique de l'Europe de demain."<sup>33</sup>

Von Beginn an gab es nuancierte Planungen und Beschlüsse, die sich vom offiziell gepflegten Revanchediskurs mit Rhein-Ruhr-Saar-Abtrennung, Zerstückelung und "Reparationismus" abhoben. Zugleich schwächen sie dessen Aussagekraft ab. Tatsächlich verloren die öffentlich proklamierten Forderungen mehr und mehr den Rückhalt relevanter Entscheidungszirkel bis hin zu de Gaulle<sup>34</sup> selbst. Ausdrückliche Zweifel an Sinn und Zweck solcher Ansprüche bestanden schon lange. Nun verdichtete sich 1945 die Vermutung zur Gewißheit, sie ohnehin nicht gegenüber den "Großen Drei" durchsetzen zu können.

Spätestens seit der Jahreswende 1945/46 läßt sich von einer "doppelten Deutschlandpolitik" sprechen. Doppelt deshalb, weil die offiziellen Standpunkte nicht mit den inoffiziellen übereinstimmen. Gegenüber der französischen Öffentlichkeit und im diplomatischen Verkehr hielt Paris noch weit mehr als zwei Jahre konsequent an Maximalpositionen fest, deren Sinn- und Chancenlosigkeit auf der Hand lagen.<sup>35</sup> Intern dagegen ging es längst um konkrete Realziele, die zweckmäßiger und erreichbarer schienen. Die Internationalisierung der Ruhr durch die drei Westmächte<sup>36</sup> stand dabei an prominentester Stelle.<sup>37</sup> Und auch der Saar-Wirtschaftsanschluß wurde nun wieder zum Thema.

Frankreichs frühe Deutschlandpolitik war realistischer als lange angenommen. Mit Idealismus hatte dies zunächst wenig zu tun, wohl aber mit diplomatischer Lernfähigkeit, mit einer Definition nationalen Interesses, die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Zwischenkriegszeit breit berücksichtigte. Jedenfalls bedurften zukunftssträchtige Ansätze weder amerikanischer Druckausübung noch Kalter-Kriegs-Auguren. Sie

<sup>32</sup> Vgl. z.B. Jean Monnet, Note pour le CFLN, 15.10.43, MAE GU (1939/45) 1502.

<sup>33</sup> Zit. nach Brief Hervé Alphand an Dejean, 6.3.44, MAE GU (1939/45) 727.

<sup>34</sup> Vgl. Telegramm de Gaulle an Bidault, 29.9.45, in: Charles de Gaulle, Lettres, Notes et Carnets, Bd.6: 1945-1951, Paris 1984, S.89f.; Brief de Gaulle an Koenig, 29.10.45, ibid., S.106ff.

<sup>35</sup> Vgl. z.B. Hervé Alphand, Note a.s. Problèmes allemands, 18.7.46, AN 457 AP 60.

<sup>36</sup> Vgl. Telegramme Bidault an de Gaulle, 27.9. bzw. 28.9.45, AN 457 AP 6.

<sup>37</sup> Dazu etwa das Zusammentreffen von Bidault mit Bevin auf Chequers, Résumé d'une conversation, 15.9.45, AN 457 AP 78 oder Bidaults Bemerkungen vor dem MRP-Exekutivausschuß, 20.Januar 1946, AN 350 AP 45. Auch bei Kessel, S. 246 bzw. 301 erscheint die Internationalisierung der Ruhr als "Kern-" bzw. "Primärziel".

existierten - neben traditionelleren Vorstellungen - seit längerem, und zwar hausgemacht.

Zugleich unterlagen sie massiven strukturellen Zwängen, hexagonal wie international. Im Innern schuf ein unnachgiebiger Diskurs Luft für die Regierenden und Ventile für die Regierten. Er trug latenter Germanophobie, allgemeiner Unzufriedenheit, sozialen Spannungen und kommunistischer "Hegemonie" Rechnung, diente als Wahlkampffargument und Kitt der Dreiparteien-Koalition, als Mittel politischer Stabilisierung und sozio-ökonomischer Modernisierung des Landes.

Dabei erschien die "doppelte Deutschlandpolitik" weder als machiavellistische Strategie noch als Allheilmittel. Sie war aus der Not geboren, geringstes Übel, Chance auf Integration widerstreitender Optionen, Mittel zur Verkleisterung gewaltiger Problemlagen auf allen Ebenen. Ein ansatzweise differenzierter Deutschlanddiskurs mußte - Reaktionen auf de Gaulle-Äußerungen in der Besatzungszone Anfang Oktober 1945 unterstreichen dies<sup>38</sup> - Zusatzprobleme schaffen, die sich niemand leisten wollte und konnte. Die öffentliche Germanophobie bestimmte zwar das taktische Vorgehen, nicht aber das politische Handeln.

Auf internationaler Ebene offenbarte sich seit Sommer 1945 zudem die potentielle Nutzbarkeit innenpolitischer Krisen. Ein wiedererstartetes stabiles Frankreich galt Washington als Angelpunkt künftigen kontinentalen Friedens, der dominante Parti Communiste Français (PCF) als Symbol fortwährender innerfranzösischer Wirren. Paris nutzte die "relative Stärke des Schwachen", band die Aufgabe offizieller Deutschlandpositionen an Gegenleistungen. Washington erkannte rasch, wie wenig sich machtpolitische Potentiale zum beliebigen Einsatz als kurzfristiges Druckmittel eignen.<sup>39</sup>

Ein Verhandlungsmechanismus entstand, dessen Elemente zumindest bis zum Frühjahr 1948 wirksam - und für Frankreich relativ einträglich - bleiben sollten. Nun erst bekam das verhandlungstechnische Grundgerüst Risse. Neben dem antideutschen Grundkonsens formierte sich endgültig ein antisowjetisches Klima und reduzierte die Risiken einer offiziellen Entscheidung zwischen den Blöcken. Mit der Interimshilfe im Januar und der Perspektive auf die Anfang April 1948 vom US-Kongreß gebilligten Marshallplangelder verlor die französische Nutzungsstrategie an Wert, aber auch an Legitimationsgrundlagen. Die Vandenberg-Resolution im Juni 1948, die eine Bidault

<sup>38</sup> Dazu Rainer Hudemann, De Gaulle und der Wiederaufbau in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Wilfried Loth u. Robert Picht (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 153-167 sowie Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 433-451.

<sup>39</sup> Dazu in diplomatiegeschichtlicher Perspektive und auf der Basis unveröffentlichter US-Quellen Heike Bungert, A new perspective on French-American Relations during the occupation of Germany 1945-1948, in: Diplomatic History 18 (1994), S. 333-352 sowie Wilfried Mausbach, Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944-1947, Düsseldorf 1996, z.B. Kapitel XVIII, S. 343-367.

so am Herzen liegende amerikanische Zusage eines längerfristigen Engagements in Europa immer realistischer erscheinen ließ, erforderte definitiv eine Überprüfung der offiziellen Nachkriegsansätze.

Der sich ausweitende Kalte Krieg erhöhte das geostrategische Gewicht Westdeutschlands, doch machte er ein militärisch-finanzielles Desengagement der USA auf dem Kontinent zu Lasten Frankreichs eher unwahrscheinlicher. Besatzungspolitisch war der Weg zur Zone als Zuschußgeschäft nur noch kurz, während Paris deutschlandpolitisch mit dem Wirtschaftsanschluß der Saar am 1. April 1948 durchaus Vorzeigbares in den Händen zu halten glaubte. Nach der Sicherstellung einer Internationalen Ruhrbehörde machte sich das Gefühl breit, gemessen an Ausgangslage und Realzielen etwas erreicht zu haben.

Nach Bidault bestand die Kunst darin, die Amerikaner in Deutschlandfragen hinzuhalten, ohne sie - aus fundamentalen sicherheits- wie wirtschaftspolitischen Gründen - zu verlieren.<sup>40</sup> Er war fest davon überzeugt, Frankreich würde zwar nicht 100% von dem durchsetzen, was es verlange, aber 100% davon verlieren "si à l'origine on commence par s'aligner sur le partenaire".<sup>41</sup>

Außen- und deutschlandpolitische Erfolge der viel - und vielfach zu Unrecht - gescholtenen IV. Republik sind jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Und es scheint fraglich, ob sie ohne verhandlungstaktische Winkelzüge und Obstinez, ohne "doppelte Deutschlandpolitik" in dieser Form möglich gewesen wären. Für Bidault lag die Antwort auf der Hand. Anlässlich der Verteidigung der Londoner Empfehlungen Anfang Juni 1948 meinte er, Frankreich habe etwas erreicht "que j'estime pour ma part à environ 50%" trotz allseits fehlender Unterstützung, hinzu käme etwas "qui a tout de même été obtenu et qu'à partir du moment où on l'a obtenu on a tendance à l'oublier, qui s'appelle la Sarre."<sup>42</sup>

### Zögerliche Saarpolitik

Die Tendenz, die Saar im Kanon deutschlandpolitischer Zielperspektiven der französischen Führung geringzuschätzen, war allerdings nicht gerade neu. Dies war ein Grund,

<sup>40</sup> Rückblickend Georges Bidault aus seinem Quai d'Orsay-Erfahrungsschatz vor dem MRP-Exekutivausschuß, 7.12.50, AN 350 AP 49. Schon früh zu Bidault als diplomatischer Taktiker Schreiner, S. 91 bzw. 169f.

<sup>41</sup> Vgl. Bidaults Ausführungen vor der außenpolitischen Kommission des Conseil de la République, DAS (Division des Archives du Sénat) Com.Aff.Étr. 26.2.47. Im Kontext von Innen- und Außenpolitik hieß es weiter, daß "nous n'obtiendrons pas cent pour cent, mais si l'opinion publique nous aide suffisamment et si nous faisons preuve de tenacité sur ces points essentiels, nous ne céderons pas cent pour cent."

<sup>42</sup> Vgl. Bidaults Ausführungen SAAN (Service des Archives de l'Assemblée Nationale) Com.Aff.Étr. 9.6.48.

warum es in Paris zu präzisierten Saarplanungen nach der Libération gar nicht erst kam, selbst danach nur schleppend.

Drei Phasen ließen sich auf der Zeitleiste unterscheiden: eine Phase allgemeiner Vorüberlegungen 1944/45, eine Phase des Planungsstillstandes bei gleichzeitiger Thematisierung der Saarfrage im diplomatischen Verkehr 1946, schließlich eine Phase der Planungskonkretisierung und -umsetzung seit der Jahreswende 1946/47. Wenn es eine allgemeine Zielkonstante für diesen Zeitraum gab, dann ein wie auch immer gearteter Sonderstatus des Saargebiets außerhalb Deutschlands mit französischem Nutzungsrecht seiner wirtschaftlichen Ressourcen.

Ein Blick auf die erste Phase, in der die Ungewißheit am größten, die statistischen Möglichkeiten am geringsten<sup>43</sup> und die annexionistische Gedankenspiele am wahrscheinlichsten schienen, legt nahe, daß es schon damals nicht um etwaige territoriale Zugewinne ging. Es ging um ein noch nicht näher definiertes Spezialregime, warum nicht in Anlehnung an den Versailler Vertrag?<sup>44</sup> Es ging um eine international akzeptierte Lösung, die es Frankreich erlaubte, die Wirtschaftskraft der Saar möglichst umgehend für den eigenen Wiederaufbau zu nutzen.<sup>45</sup> Für René Massigli, de Gaulles Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten in Algier, kam es bei allem Interesse an der Verfügung über die Saargrubenproduktion darauf an "d'éviter un tracé dont la propagande allemande prendrait prétexte pour dénoncer de nouveau des visées annexionnistes de la France."<sup>46</sup>

Eine geheime Planungsgruppe im Außenministerium der Vichy-Regierung um Jean Chauvel, später Generalsekretär des Quai d'Orsay, betonte besonders den seit 1935 nicht mehr in Frage zu stellenden deutschen Charakter der Region, der eine "argumentation historico-sentimentale" wie 1919 nicht mehr möglich erscheinen lasse. Nachzudenken sei - in Absprache mit der amerikanischen und britischen Regierung - über eine kleine Grenzberichtigung unter Einschluß des Warndt, über einen Transfer nicht im Kohlebergbau beschäftigter Bevölkerungsteile nach Deutschland. Zu beden-

<sup>43</sup> Vgl. z.B. Brief Massigli an de Gaulle, 13.10.43, MAE GU (1939/45) 1479 oder Hervé Alphand, Note sur les projets d'organisation économique européenne, 3.4.44, SAEF (Service des Archives Economiques et Financières) B 30002.

<sup>44</sup> Vgl. André Diethelm, Kommissar für Produktion und Ernährung, an de Gaulle, Stipulations d'un armistice éventuel avec l'Allemagne, 22.3.44, MAE GU (1939/45) 716.

<sup>45</sup> Z.B. René Mayer an de Gaulle, Note sur les clauses à insérer dans un éventuel armistice avec l'Allemagne, 29.3.44, AN F60 889; EMDN, Ière Section, Mémoire concernant les desiderata et points de vue particuliers de la France, à faire valoir notamment à l'égard des alliés, 13.5.44, MAE GU (1939/45) 716.

<sup>46</sup> Brief Massigli an Béthouard, 23.5.44, MAE GU (1939/45) 716. Zu de Gaulles anti-annexionistischen Direktiven von Ende Oktober 1943 vgl. Raymond Poidevin, La politique allemande de la France en 1945, in: Maurice Vaïsse (Hg.), Le 8 Mai 1945. La victoire en Europe, Lyon 1985, S. 221-238, hier S. 222.

ken sei, daß es an der Saar nur "certaines qualités de charbon" mit Nutzwert für die französische Wirtschaft gäbe.<sup>47</sup>

Auch nach der Befreiung fehlte es nicht an problemorientierten argumentativen Aufarbeitungen, und wie bisher dominierten die ökonomischen die territorialen Aspekte der Saarfrage.<sup>48</sup> Für die Wirtschaftsabteilung des Quai d'Orsay galt es auf alle Fälle eine Zoll-, Währungs- und Finanzunion mit der Saar anzustreben. Durch eine schlichte politische Annexion, eventuell durch eine internationale Verwaltung, sei dies am ehesten zu leisten, hieß es dort.

Und dennoch fanden sich in aller Breite die Schattenseiten eines solchen Vorgehens betont: gewalttätige Demonstrationen, massive Streiks, aktiver und passiver Widerstand, Bedrohungen der Innen- und Außenpolitik Frankreichs und Desavouierung seiner Demokratieprinzipien, Präjudizierung eines neuerlichen Konflikts mit Deutschland, Unmöglichkeit und Sinnlosigkeit massiver Ausweisungen, etc. Letztlich blieb doch eine "opération qui semble bien déficitaire", während ein internationales Statut mit supranationaler Autorität "soulève moins de difficultés que l'annexion à la France" zu implizieren schien.<sup>49</sup>

Entscheidungshilfen für und wider Annexion, für und wider Wirtschaftsunion gab es genug. Was fehlte, waren die Entscheidungen. Der Krieg war noch nicht zu Ende, genausowenig der inter-alliierte Klärungsprozeß. Die Folge war eine "policy of postponement"<sup>50</sup>, eine Politik des Offenhaltens von Optionen, des Hinausschiebens von Festlegungen. Sie beruhte nicht auf internen Konflikten zwischen Entscheidungszentren, sondern auf einer inneren wie äußeren Situation, die Beschlüsse mit potentiell weitreichenden Konsequenzen gar nicht zuließ.

Die Pariser Planungen blieben im Schwebezustand, die Rhein-Ruhr-Projekte banden längst die administrativen Kapazitäten, der Stellenwert der Saarfrage verschaffte Außenseitern wie Abel Verdier, zwischen 1935 und 1939 Konsul in Saarbrücken, Einflußchancen und belebte Argumentationen, die - wie beispielsweise die geschicht-

<sup>47</sup> Vgl. Le problème de la Sarre et d'une rectification des frontières françaises, o.A., o.D., MAE Papiers 1940 BECH 115.

<sup>48</sup> Vgl. Dispositions économiques, o.A., vermutlich Jean-Marc Boegner, 2.11.44, SAEF B 8786; Schreiben Bidault an Massigli u. Bonnet, 29.3.45, AN F12 10043; Brief Alphand an Blum-Picard im Produktionsministerium a.s. du contrôle des mines de la Sarre, 9.4.45, ibid.

<sup>49</sup> Vgl. MAE, Dir. Éco., Note sur le territoire de la Sarre, 4.12.44, MAE Z Europe (1944/49) Sarre 10.

<sup>50</sup> Klassisch als Charakterisierung der amerikanischen Deutschlandpolitik vor Kriegsende Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Stuttgart 1980, S. 56ff.

lich bedingte Verbundenheit von Franzosen und Saarländern - andernorts kritischere Würdigung fanden. Eine Annexion schien gar nicht erforderlich.<sup>51</sup>

Die Saardirektive knüpfte Ende August 1945 daran an. Am 7. Juli 1945 hatte die Provisorische Regierung per Dekret<sup>52</sup> ein Comité interministériel des affaires allemandes et autrichiennes geschaffen, das unter Vorsitz de Gaulles die Deutschlandpolitik koordinieren und Direktiven für die Besatzungsspitzen verabschieden sollte. Der Saarbetroff der ersten Rahmenrichtlinie lautete: "La France possède en Sarre des intérêts spéciaux d'ordre économique. La Sarre devra donc, dès le début, faire l'objet d'efforts particuliers pour être rattachée ultérieurement au système français."<sup>53</sup> Der Konkretisierungsgrad blieb dürftig, erhöhte sich in der speziellen Saar-Anweisung vom 25. August nur teilweise.<sup>54</sup>

Wer ein Verdikt erwartet hatte und konkrete Schritte auf dem Weg seiner Realisierung, wurde enttäuscht und mußte sich neuerlich mit einer vagen Mittellinie zwischen zwei inakzeptablen Lösungen - Annexion zugunsten Frankreichs bzw. Re-Integration nach Deutschland - zufrieden geben.<sup>55</sup> Gefordert wurde "une union à la France, caractérisée par une incorporation économique et la création d'une administration autonome à direction française" und eine "politique d'assimilation très poussée". Während es ökonomisch bei Gemeinplätzen blieb wie "le charbon est au premier plan de nos préoccupations",<sup>56</sup> präzisierten sich zumindest förderungswürdige kultur-, bildungs- und demokratisierungspolitische Aktivitäten. Unmittelbare Aufgaben standen im Mittelpunkt, Kohle und Kultur, Sicherheit und Demokratisierung gingen zusammen.

Bei aller Ambivalenz der verfügbaren Materialien sind eindeutige Annexionsabsichten der Pariser Regierungspolitik nicht zu belegen, weder in den Planungen noch in der praktischen Politik. Von manchem Akteur bereits früh dezidiert abgelehnt, spielten andere - wahrscheinlich nicht zuletzt de Gaulle selbst - mit dem Gedanken an

<sup>51</sup> Vgl. Abel Verdier, *La sécurité de la France et la question sarroise*, 1.11.44, MAE Z Europe (1944/49) Sarre 10.

<sup>52</sup> Vgl. Décret n° 45-1634 portant création d'un CIAAA, 7.7.1945, Journal Officiel de la République Française, Lois et décrets, 25.7.45, S.4610.

<sup>53</sup> Vgl. CIAAA, Directives pour notre action en Allemagne, 19.7.45, AN F60 3034/2.

<sup>54</sup> Vgl. CIAAA, Directives particulières concernant la Sarre, 25.8.45, AN 457 AP 60.

<sup>55</sup> Vgl. Hudemann, *Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland*, S. 27.

<sup>56</sup> Ähnlich unbestimmt die Rolle der Saar in den sechs zentralen Zielperspektiven der frühen Wirtschaftsdirektiven im Comité économique interministériel, Note a.s. désarmement économique et financier de l'Allemagne, 7.7.45, AN F37 189, wo von einer permanenten Abtrennung von Ruhr und Saar in Westdeutschland die Rede ist, an einer anderen Stelle von Internationalisierung der Ruhr und Integration der Saar in das französische Wirtschaftssystem.

eine Annexion der Saar,<sup>57</sup> wie unpräzise die konkrete Auffüllung dieses - oder jenes<sup>58</sup> - Begriffes damals auch immer sein mochte.

Der Nachweis, de Gaulle habe eine Annexion wirklich angestrebt und umzusetzen versucht, steht weiterhin aus. Plausible Unsicherheiten und Ungereimtheiten Pariser Deutschlandansätze lassen sich nicht ohne weiteres als augenfällige Hinweise auf verschleierte Annexionsabsichten deklarieren. Bleibt selbst unerwähnt, daß diese in den Projekten vielfach explizit mißbilligt, durchweg äußerst kritisch hinterfragt und niemals uneingeschränkt befürwortet werden, bewegt sich die Argumentation auf der Ebene eingangs dargelegter zeitgenössischer Selbstverständlichkeiten, die es doch gerade wissenschaftlich zu beleuchten gilt.

Selbst die frühen Richtlinien erinnern jedenfalls eher an Entscheidungsvorlagen als an faktische Beschlüsse. Einigkeit herrschte auf niedrigem Niveau. Sicher war, daß politisch eine Art Sonderstatus angestrebt werde, aber keine Annexion der Saar, daß ökonomisch die Ruhr für Frankreich wichtiger war, dennoch eine Art französisch-saarländischer Wirtschaftsunion Sinn mache: nicht weniger, aber auch nicht mehr!

Damit boten die Direktiven den Besatzungsspitzen weite Handlungsspielräume dort, wo sie konkrete Handlungsanweisungen aus Paris erwarteten. Symptomatisch ein Zwischenfall während de Gaulles Inspektionsreise durch das französische Besatzungsgebiet Anfang Oktober 1945, über den Gilbert Grandval in seinen leider nie fertiggestellten Memoiren berichtete.

Seit September 1945 war der Délégué Supérieur an der Saar, jedoch weiter ohne Kenntnis der Pariser Saarplanungen.<sup>59</sup> Nun hoffte er auf konkrete Anweisungen durch de Gaulle persönlich anlässlich seines Besuchs am 3. Oktober. Vergeblich! Selbst während der gemeinsamen Autofahrt von Saarbrücken nach Trier blieb der Regierungschef stumm, was Direktiven für seine Arbeit anging. Andererseits war de Gaulle als "Retter der Nation" der Bezugspunkt seines Handelns, ihm wollte er es recht machen. Was blieb ihm anderes übrig, als sich - pragmatisch wie er war - aus den

<sup>57</sup> Differenziert in diesem Sinne schon Jacques Freymond, *The Saar conflict 1945-1955*, London 1960, S. 15f.

<sup>58</sup> Kritisch gegenüber einem Verständnis de Gaullescher "Plus de Reich centralisé"-Vorhaben im Sinne einer territorialen Zersplitterung oder einer völkerrechtlichen Staatenbundesdefinition z.B. Aron, S. 252f.; Raymond Poidevin, *Robert Schuman 1886-1963. Homme d'Etat*, Paris 1986, S. 185 sowie Pierre Gerbet e.a., *Le relèvement 1944-1949*, Paris 1991, S. 447 Anm. 6.

<sup>59</sup> Die Saardirektive des Comité interministériel vom 25. August 1945 scheint Grandval erst am 15. Oktober 1945 durch Laffon übermittelt worden sein; vgl. Brief Laffon an Koenig, 6.11.45, MAE PAAP 338/11.

allgemein zugänglichen, öffentlichen Deutschlandäußerungen de Gaulles ein Vorgehen zurechtzulegen, von dem er annahm, es entspräche dessen Intentionen.<sup>60</sup>

Künftig waren es Grandval, Koenig oder Laffon, die - aus durchaus unterschiedlichen Motiven heraus - Paris zum Handeln an der Saar drängten. Das Außenministerium war freilich auf Nachhilfe gar nicht angewiesen. Die Sinn- und Chancenlosigkeit von Rhein-Ruhr-Abtrennungen war inzwischen nicht mehr in Zweifel zu ziehen.<sup>61</sup> Das Primat der Wirtschaft hatte sich endgültig gegenüber einem Primat der Politik durchgesetzt, Bidaults "Ja, aber" de Gaulles "Nein, danke" abgelöst.<sup>62</sup> Der unbestimmte Status der Saar gereichte Frankreich in den Berliner Verhandlungen über einen deutschen Industrieniveauplan zunehmend zum Nachteil.<sup>63</sup> Und Georges Bidault brauchte kaum etwas dringender als einen deutschlandpolitischen Erfolg. Wo schien er eher möglich als in der Saarfrage?

### III. Die Saar als Mittel zum Zweck

Spätestens seit Herbst 1945 dachte im Quai d'Orsay niemand mehr an Annexion. Mit seinem Ansinnen, eine völlige oder teilweise, offene oder versteckte Annexion nicht von vornherein auszuschließen, selbst bei erforderlicher Bevölkerungsausweisung,<sup>64</sup> stand Maurice Dejean Anfang August längst allein auf weiter Flur, wie die Saar-Direktive gut vierzehn Tage später nachdrücklich unterstreichen sollte. De Gaulle und Bidault hielten sich in dieser Frage öffentlich gleichermaßen zurück. Im diplomatischen Verkehr hat es nie eine Pariser Annexionsforderung gegeben.

Gewiß war die Frage "Annexion oder nicht?" zentraler Prüfstein des "zivilisatorischen und demokratisierenden Anspruches der Franzosen im Nachkriegseuropa"<sup>65</sup>. Andererseits verdeckte sie lange andere zentrale Fragestellungen, inner- wie außer-saarländisch.

#### *Scheitern angelsächsischer Instrumentalisierungsversuche*

International wäre der stark funktionale Ansatz hervorzuheben, mit dem Frankreich - nicht anders als die Vereinigten Staaten und Großbritannien - das Saarproblem anging.

<sup>60</sup> Vgl. die Erinnerungen von Grandval, Archives Privées Gilbert Grandval (APGG) Doss. 4. Dazu auch Dieter Marc Schneider, Gilbert Grandval, Frankreichs Prokonsul an der Saar, in: Martens (Hg.), S. 201-243, hier S. 207ff.

<sup>61</sup> Zusammenfassend Geoffroy Chodron de Courcel, Premières réactions de Londres, Washington et Moscou aux projets français sur la Ruhr et la Rhénanie, 12.1.46, MAE Y (1944/49) 396.

<sup>62</sup> Ausführlich Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 277ff.

<sup>63</sup> Dezidiert Brief Alphand an Bidault, 2.2.46, AN 457 AP 61.

<sup>64</sup> Vgl. Telegramm Dejean an Massigli, 8.8.45, MAE GU (1939/45) 653.

<sup>65</sup> Vgl. Hudemann, Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland, S. 24.

Von vornherein war die Saar zugleich Politikfeld und Symbol, Spielmaterial im diplomatischen Verkehr, abhängige Variable übergeordneter deutschland- und europapolitischer Absichten wie auch verhandlungstaktischer Erwägungen im Zeitverlauf.

Für London und Washington war die Saar kaum wirklich von Belang. Noch während des Krieges signalisierten sie grundsätzlich Bereitschaft, einen Sonderstatus des Gebietes zu billigen. Auch danach wollten sie - im Gegensatz zu Moskau - Paris in der Saarfrage - anders als bei den Rhein-Ruhr-Ansprüchen - entgegenkommen, dies jedoch nicht bedingungslos.

Im Laufe des Jahres 1946, als die Saar überhaupt erst Objekt inter-alliiertter Verhandlungen wurde, blieb allen internen<sup>66</sup> bzw. öffentlichen<sup>67</sup> Avancen zum Trotz eine offizielle Zusage aus. Nie ging es Amerikanern und Briten dabei in erster Linie um die Saar, um einen Boykott des Wirtschaftsanschlusses als solchen, eher ging es um "die Saar als Argument im Zusammenhang mit ...": mit respektiven (Ver-) Handlungsmargen, französischen Maximalpositionen, Potsdamer Zentralverwaltungsstellen, Debatten um Industrieniveau und Reparationen, Wahlkampffutter für nicht-kommunistische Parteien, Westblockverschleierung und - nach Zuweisung des Schwarzen Peters für den Vier-Mächte-Bruch - Westblockdemonstration nach außen.

Die sukzessiven Junktims griffen nicht wie gewünscht. Tatsächlich überschätzten die Angelsachsen das Gewicht, das Paris der Saar beimaß. Keinesfalls rechtfertigte die Wirtschaftsunion für Bidault das Risiko einer tiefen Verstimmung Washingtons, die ein Alleingang vermutlich ausgelöst hätte. Daraus resultierte - trotz vieler gegenteiliger Stimmen im Entscheidungsprozeß<sup>68</sup> - sein Zögern und Bremsen im Sommer

<sup>66</sup> Um nur einige Belege - angelsächsische Reaktionen auf Bidaults Saarmemorandum vom 12.2.46, MAE Y (1944/49) 284 - zu nennen: für die USA vgl. Byrnes an Bonnet, 22.3.46, FRUS (Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers) 1946 (V) S. 528f., Telegramm Bonnet an Bidault, 22.3.46, APGG Doss. 4, Brief Bérard an Bidault, 23.3.46, AN 457 AP 61; für Großbritannien vgl. de Leusse, Conversation avec Strang, 9.3.46, MAE Y (1944/49) 397; Alphand / Boegner, Observations préliminaires, 29.4.46, AN 457 AP 61; Telegramme Massigli an Bidault, 23.5. u. 4.6.46, MAE PAAP 217/63.

<sup>67</sup> Vgl. die berühmte Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes vom 6. September 1946, abgedruckt z.B. bei Klaus-Jörg Ruhl, Neubeginn und Restauration 1945-1949. Dokumente, München 1982, S. 448-453.

<sup>68</sup> Vgl. für Koenig Schreiben an de Gaulle, 16.1.46, AOFAA (Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche) Cab.Koenig Pol. III K 2, Briefe an Schneider, Rattachement économique de la Sarre à la France, 7.6.46, MAE PAAP 338/11 bzw. Territoires de la zone, 14.9.46, MAE Y (1944/49) 436 sowie Schreiben an de Courcelles, 10.11.46, APGG Doss. 6; für Saint-Hardouin vgl. Brief an Bidault, Position de la France devant le problème allemand, Point de vue du Général Koenig, 3.7.46, MAE Y (1944/49) 286; für Laffon vgl. Brief an Koenig, Questions sarroises, 24.5.46, MAE PAAP 338/11 sowie Mémorandum sur les affaires allemandes, 26.7.46, AOFAA Cab. Koenig Pol. I b 2.

und Herbst 1946.<sup>69</sup> Ebensovienig war er bereit, andere Verhandlungstrümpfe ohne zusätzlich verbürgte Gegenleistungen aufzugeben. Um 1946/47 den offiziellen Rhein-Ruhr-Diskurs zu modifizieren, um 1947/48 ohne weiteres eine französische Trizonen-Zusage zu geben,<sup>70</sup> standen noch zu substantielle finanzwirtschaftliche und sicherheitspolitische Garantien aus. Da konnte die Saar nicht mithalten.

Auch in Paris galt schließlich die Saar nicht als Primärziel. Gewiß war in Frankreich, schon vor dem Krieg weltweit größter Kohle-Importeur, der Bedarf an "schwarzem Gold" außerordentlich. Garantierte Saar-Lieferungen waren wirtschaftlich wie psychologisch mehr als willkommen. Potentiell halfen sie bei Wiederaufbau und Modernisierung. Saarkohle sparte knappe Devisen, während die Importkohle aus den Vereinigten Staaten sie verschlang, und weckte Hoffnungen in Industrie- und Verbraucherkreisen. All dies ist unbestritten.

Gleichwohl war die Bedeutung der Saar relativ: zwei Drittel seines Kohlebedarfs deckte Frankreich Ende der 30er Jahre durch Ruhr-Importe.<sup>71</sup> Schon die Frühplanungen hatten den quantitativ wie qualitativ begrenzten Wert der Saarkohle nicht unter den Tisch gekehrt, nie verzichteten Kosten-Nutzen-Abwägungen auf kritische Töne, was den unmittelbaren wirtschaftlichen Ertrag anbelangte. Die Strukturlasten des saarländischen Wirtschaftsraums, der sinkende Anteil an der Gesamtkohleförderung in Deutschland schon vor dem Ersten Weltkrieg, die Transport- und Absatzprobleme waren wichtige Argumente, daneben die Qualitätsmängel der geförderten Kohle: selbst die lokale Stahlverarbeitung "doit acheter une bonne partie de son coke à la Ruhr."<sup>72</sup>

Vor allem aber meinte ökonomisches Profitieren an der Saar zugleich dortiges Engagieren und Investieren. Es meinte heikle Prioritätsetzung für Ausstattung und Ausrüstung der Gruben. "Il ne pouvait être question de mettre sur le même plan mines françaises et sarroises",<sup>73</sup> hieß es dazu schon 1945 mehrfach im Produktionsministeri-

<sup>69</sup> Vgl. Réunion chez le président Bidault le 6 novembre 1946 a.s. des affaires allemandes, MAE Y (1944/49) 289.

<sup>70</sup> Damit blieb auch der letzte amerikanische Saar-Junktiv-Versuch erfolglos; vgl. dazu Armand Bérard, Note, 23.9.47, MAE Y (1944/49) 399 sowie die dezidiert ablehnende Haltung in MAE, Dir. Éco., 7.11.47, MAE Y (1944/49) 380. Washington hatte zu früh seine Trümpfe ausgespielt, vermochte nun die Wirtschaftsunion nicht mehr aufzuhalten, während Paris darangehen konnte, diese autonom und erfolgreich umzusetzen.

<sup>71</sup> Vgl. Gerbet e.a., S. 142 sowie das Saar-Kapitel bei Roger Woodhouse, British policy towards France 1945-51, London 1995, S. 51-66, hier S. 53ff.; nach Heinen, Saarjahre, S. 35 entsprach die Saar rein quantitativ rund einem Viertel der französischen Kohleproduktion, rund einem Drittel der Kokserzeugung und der Roheisenherstellung.

<sup>72</sup> Vgl. MAE, Dir. Éco., Note sur le territoire de la Sarre, 4.12.44, MAE Z Europe (1944/49) Sarre 10.

<sup>73</sup> MPI, Direction des mines, Note pour M. le Ministre, 10.9.45, AN F12 10043; ähnlich Brief Blum-Picard an M. le Chef de la Mission française en Sarre, 21.7.45, ibid.

um. Grundsätzlich spielte das Saarproblem im Pariser Wirtschafts-, Finanz- und Produktionsressort oder im Monnetschen Diskurs eine völlig untergeordnete Rolle.

Die Saar war Randthema. Über diesen Status hinaus gelangte sie erst im Laufe des Jahres 1947. Zunächst galt es jegliche Euphorie zu dämpfen, daran zu erinnern, daß mit dem Wirtschaftsanschluß zwangsläufig neue Kosten und Ausgaben entstünden.<sup>74</sup> Später waren es die Diskussionen über folgenschwere finanzielle Rückwirkungen der Wirtschaftsunion auf die Außenhandelsbilanz der französischen Besatzungszone und den nationalen Devisenhaushalt, die in ein akutes Stadium traten.<sup>75</sup> Rein ökonomische Faktoren scheinen die französische Saarpolitik der frühen Nachkriegszeit, dann den Weg in die Wirtschaftsunion, nur bedingt zu erhellen.

### *Innerfranzösische Instrumentalisierungspotentiale*

Deutschlandpolitisch gewann die Saar für Frankreich an Gewicht, als sich zwischen den Siegermächten die Fronten klärten, sich dennoch keine konkreten internationalen Erfolge abzeichneten. Zugleich wollten die Provisorien und Entbehrungen zuhause kein Ende nehmen. Das Potential des PCF, Modernisierung und Demokratie zu konterkarieren,<sup>76</sup> blieb in den Augen nicht-kommunistischer Akteure ungebrochen. Der "cycle électoral sans fin"<sup>77</sup> der Jahre 1945/46 konfrontierte sie ständig mit dem Wähler.

Tatsächlich reisten die Spitzenpolitiker in den Wochen vor den Abstimmungen kreuz und quer durchs Land, standen unter permanenter Beobachtung regionaler wie nationaler Presseorgane. Das Wahlvolk verlangte Rechenschaft über das eigene Handeln bzw. das der Partei, über Regierungserfolge und Gründe für Mißerfolge, vor allem über die Ursachen für die fortwährenden materiellen Zwangslagen, für die sukzessiven Kürzungen der Brotationen, aber auch über die Deutschlandpolitik.<sup>78</sup>

<sup>74</sup> Vgl. z.B. Pierre Mendès France und Jean Monnet vor dem Finanzausschuß der Nationalversammlung, SAAN Com.Fin. 18.2.47.

<sup>75</sup> Vgl. z.B. François Walter, Note relative à l'incidence du rattachement de la Sarre à la France sur la balance des comptes de la zone française d'occupation et de la France, 30.9.47, SAEF B 34172; Note pour le Ministre, o.A., vermutlich Guillaume Guindey, Incidences du rattachement économique de la Sarre sur la situation de la balance des comptes de la zone française d'occupation en Allemagne, 12.2.48, ibid.

<sup>76</sup> Zur Realität der Perzeption nun Philippe Buton, Les lendemains qui déchantent. Le parti communiste français à la Libération, Paris 1993.

<sup>77</sup> Vgl. Jacques Fauvet, La IVe République, Paris 1959, S. 45.

<sup>78</sup> Ausführlich mit detaillierten Quellenbelegen zum Zusammenhang von Deutschlandpolitik und permanentem Wahlkampf Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 617-626. Zum Hunger als zentralem Problem deutsch-französischer Mißverständnisse der frühen Nachkriegszeit vgl. ders., Ventres creux, mentalités collectives et relations internationales - La faim dans les rapports franco-allemands d'après-guerre, in: Francine-Dominique Liechtenhan (Hg.), Europe 1946 - Entre le deuil et l'espoir, Brüssel 1996, S. 141-164.

Wie kaum ein anderer dachte der christdemokratische Parteipolitiker Georges Bidault Außen- und Deutschlandpolitik in Kategorien französischer Innenpolitik, und Anlässe dazu gab es genug. Im Quai d'Orsay wurde vor wichtigen Wahlterminen Klage über seinen Absentismus aufgrund innen- und parteipolitischen Engagements geführt. Nach den Legislativwahlen vom 21. Oktober 1945 lamentierte Massigli über die Vernachlässigung fundamentaler Deutschlandfragen durch Bidaults "absence de Paris",<sup>79</sup> vor dem Urnengang vom 10. November 1946 beanstandete Generalsekretär Chauvel, der Außenminister sei "à peu près complètement absorbé par ses préoccupations de politique intérieure."<sup>80</sup>

Fraglos war für Bidault die innenpolitische Nutzbarkeit eines außenpolitischen Erfolges ein ganz maßgeblicher Gesichtspunkt seiner Vorstöße in Richtung Wirtschaftsunion. Seinem britischen Amtskollegen Ernest Bevin teilte er im September 1946 während einer Saarunterredung unmißverständlich mit, nach zwei Jahren im Amt müsse er nun endlich der Öffentlichkeit und den Kommunisten im Land etwas vorweisen, wenn er sich nicht zusätzlichen "difficultés intérieures considérables" aussetzen wolle.<sup>81</sup> Halböffentlich wie auch regierungsintern hob er "l'urgence d'une solution du problème sarrois" hervor "après les nombreuses affirmations publiques faites par le Gouvernement français, et appuyées par les hommes d'État britanniques et américains, qui ont annoncé le rattachement de la Sarre."<sup>82</sup>

Die Saar drängte sich förmlich auf zum Zwecke innenpolitischer Instrumentalisierung und deutschlandpolitischer Bedürfnisbefriedigung der Franzosen. Schließlich war sie das einzige Gebiet im maximalistischen Forderungskatalog, das mit Rückenbedeckung der Westmächte ein relativ autonomes Vorgehen erlaubte. Ein Wirtschaftsanschluß ließ sich als "Territorialerfolg" verkaufen, als "Kompensationsobjekt" für die den Franzosen wieder und wieder - und wider besseres Wissen - vorgekaute

<sup>79</sup> Vgl. Brief Massigli an Bidault, 26.10.45, MAE PAAP 217/92.

<sup>80</sup> Brief Chauvel an Massigli, 25.10.46, MAE Z Europe (1944/49) Allemagne 80; vgl. daneben Jean Chauvel, Note, 6.11.46, MAE Y (1944/49) 289 sowie Note pour la Direction d'Europe, o.A., 9.11.46, ibid.

<sup>81</sup> Vgl. z.B. Conversations entre M. Bidault et M. Byrnes, 23.9.46, APGG Doss. 6. Ergänzend erklärte Bidault dort mit Blick auf die Saarfrage, daß "si, sur ce problème allemand, la France se révèle incapable de réaliser aucun de ses projets, il en résultera un état d'insécurité dont sauront s'emparer sur le plan intérieur divers éléments à des fins électorales."

<sup>82</sup> Vgl. Exposé Bidault, La politique française à l'égard de l'Allemagne, SAAN Com.Aff.Étr. 4.10.46 sowie das Protokoll der Réunion chez le président Bidault le 6 novembre 1946 a.s. des affaires allemandes, AN 457 AP 60. Auch Pohlmann, S. 221 bestätigt indirekt die "territoriale Kompensationsthese".

Rhein-Ruhr-Abtrennung.<sup>83</sup> Es galt potentielle öffentliche Enttäuschung prophylaktisch abzufedern.<sup>84</sup>

Zudem stand die Saar als Kohle- und Stahlregion in weiteren öffentlichkeitswirksamen Symbolzusammenhängen. Stahl, das stand für den Schild von Vercingetorix und den Panzer von Jeanne d'Arc, für das erfolgreiche Kriegsgerät der Deutschen im Sommer 1940 und der Amerikaner 1944/45, für künftige Sicherheit. Stahl und Kohle, das stand für den Wiederaufbau des Landes, für wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung, für nationale Größe und absehbaren Wohlstand aller. Kohle, das stand kurzfristig für optimierte Maschinenlaufzeiten und erhöhte Produktivität in der Industrie, für geheizte Wohnungen der Menschen, für erkennbare materielle Aufwärtstrends. Kohle interessiere die Franzosen, schrieb Jean Chauvel Ende Februar 1947, "exactement autant que le bifteck".<sup>85</sup>

Es gab zusätzliche Motive für Außenminister Bidault, seit Anfang 1946 auf eine Saar-Lösung hinzuwirken. Primär ökonomischer Natur waren auch sie nicht. Die Saarfrage bot ihm die Chance, widerstreitende Interessen deutschland- und besatzungspolitischer Entscheidungszentren zu integrieren. Im deutschen Südwesten drängten Frankreichs Repräsentanten auf rasches Handeln, und dies mit unterschiedlichen Hintergedanken, bei Koenig und Laffon gar mit konträren. Und wieder war die Wirtschaftsunion vor allem ein Instrument. Beide glaubten, die Konsequenzen einer saarländisch-französischen Wirtschaftsunion würden Paris unter Zugzwang setzen und eigenen Zielen zum Durchbruch verhelfen.

Für Koenig stand das Offenhalten der in Paris längst ad acta gelegten Rheinabtrennung im Vordergrund. Dazu bedurfte es stabilerer Länder im deutschen Südwesten. Wirtschaftsangliederung der Saar an Frankreich bedeutete zunächst einmal mehr Nahrungsmittel für die Menschen in den anderen Gebieten der Besatzungszone und damit die Chance, über stärkere Berücksichtigung alltäglicher Bedürfnisse an Gebrauchsgütern zu erhöhter Akzeptanz französischer Landesgründungen durch die einheimische Bevölkerung zu gelangen. Es galt den Nachweis zu erbringen, daß das autonom verwaltete Besatzungsgebiet in Südwestdeutschland trotz der wirtschaftlichen Anziehungskraft der Bizone überlebensfähig war.<sup>86</sup> Folgekosten eines Saar-

<sup>83</sup> Zum "identitätsstiftenden Symbolcharakter" der Maximalpositionen "für viele Franzosen" vgl. Wilfried Loth, Die französische Deutschlandpolitik und die Anfänge des Ost-West-Konflikts, in: Klaus Manfrass u. Jean-Pierre Rioux (Hg.), France - Allemagne 1944-1947, Paris 1990, S. 83-96 (87).

<sup>84</sup> In diesem Sinne Frankreichs Moskau-Botschafter Georges Catroux in einem Gespräch mit Staatspräsident Vincent Auriol, 23.5.47, in: Vincent Auriol, Journal du septennat 1947-1954, Bd. I: 1947, Paris 1970, S. 326f.

<sup>85</sup> Vgl. Brief Chauvel an Massigli, 25.2.47, MAE PAAP 217/55.

<sup>86</sup> Vgl. dazu Brief Koenig an Bidault, Situation économique de la zone française d'occupation, 6.12.46, MAE PAAP 338/9.

wirtschaftsanschlusses, von der Bezahlung der Kohleimporte in Dollar bis zu den Auswirkungen auf die zonale Handelsbilanz, spielten in Koenigs Argumentation keine Rolle.

Genau darum ging es aber Laffon. Ihm schien die Wirtschaftsunion das beste Mittel, die Lebensfähigkeit der südwestdeutschen Länder als Mythos zu entlarven, die Kosten für Paris in die Höhe zu schrauben und damit trizonalen Lösungen den Weg zu bahnen. Gewünschter Nebeneffekt wäre eine Stärkung der "administration centrale allemande de zone"<sup>87</sup> gewesen, und Laffon wäre seinem Ziel, auf einer Stufe mit Clay und Robertson in den benachbarten Westzonen zu stehen, ein Stück nähergekommen.<sup>88</sup> Laffon - wie auch die Berliner Kontrollratsgruppe - plädierte seit Spätsommer 1946 für eine offen harmonisierte Politik der Westmächte in Deutschland.

Das ging freilich Bidault wiederum viel zu weit. Ein außenpolitisch unzweideutiges Bekenntnis zum Westen, das für den Außenminister wie für sämtliche nicht-kommunistischen Pariser Akteure niemals in Frage stand, hätte ihn all seiner Verhandlungstrümpfe beraubt.<sup>89</sup> Zunächst war die innenpolitische Verankerung der Westbindung das Entscheidende, besser der Beginn öffentlicher Vorbereitung auf die Westbindung trotz kommunistischer Regierungsmitglieder und kultureller Hegemonie des PCF. Es war der sowjetische Amtskollege Molotov, der Bidault während der Moskauer Außenministerkonferenz unbewußt, aber wirksam entgegenkommen sollte.<sup>90</sup>

#### *Intentionalismus und Inkrementalismus*

Alle Franzosen wollten etwas an der Saar, doch niemand wußte genau, was eigentlich:<sup>91</sup> einerseits gewiß ein Widerspruch, andererseits freilich eine Erklärung für die Praxis saarbezogener (Teil-)Beschlüßfassungen und Politikimplementation zwischen Intentionalismus und Inkrementalismus.

Der Wirtschaftsanschluß steht nicht für modellhafte rationale Entscheidungsfindung unter Ausschluß jeglicher intervenierender Faktoren. Er steht nicht für stringente Planung, Entscheidung und Umsetzung unter Laborbedingungen. Am Anfang stand die vage Vorstellung, mit der Saar schon irgendetwas anfangen zu können, und die Absicht, sie innerfranzösisch zu nutzen.

<sup>87</sup> Vgl. Émile Laffon, Mémoire sur les affaires allemandes, 26.7.46, AOFAA Cab. Koenig Pol. I b 2.

<sup>88</sup> Dazu persönlicher Brief Laffon an M. Morin, Directeur de Cabinet à la Présidence du Conseil, 8.11.46, MAE PAAP 338/15.

<sup>89</sup> Zum Einsatz Pariser "Trizonen-Trümpfe" gegenüber Washington vgl. Hüser, Frankreichs "doppelte Deutschlandpolitik", S. 683-698.

<sup>90</sup> Ausführlich zur Saar auf der Moskauer Konferenz Kessel, S. 217-222.

<sup>91</sup> Dazu auch Heinen, Saarjahre, S. 58.

Der weitere Weg war ein inkrementaler, ein Weg der kleinen Schritte und Beschlüsse, Reaktionen auf innen-, außen- und nicht zuletzt besatzungspolitische Vorentscheidungen. Aktuelle Nützlichkeitsabwägungen in ganz unterschiedlichen Bereichen spielten eine Rolle, vor allem Abwägungen zwischen kurzfristigen Vorteilen und langfristigen Zielperspektiven. Das Ergebnis bestand in Mittelwegs-Maßnahmen und Verlegenheitslösungen, die gewisse Veränderungen der Lage - in den Hauptstädten der "Großen Drei", in Paris, in Baden-Baden, an der Saar - mit sich brachten, aber ständiger Reorientierungen und Neuverhandlungen bedurften.<sup>92</sup>

Das Vorgehen, das die französische Diplomatie im Sommer 1946 wählte, war ein solcher Mittelweg zwischen Alleingang und Nichtstun. Nichtstun bedeutete Status quo, "faire croire aux Sarrois que nous avons abandonné nos projets et faciliter l'organisation de leur résistance", Alleingang hieß "provoquer des réactions internationales avec certaines conséquences sur l'approvisionnement de la France en charbon". Was übrig blieb, waren "demi-mesures" vor Ort,<sup>93</sup> mit denen alle halbwegs leben konnten, auch die Saarländer.<sup>94</sup>

#### **IV. Ausblick**

Die Geschichte der Saar in den europäischen Nachkriegsjahren zwischen 1945 und 1955 läßt sich auch betrachten als eine Geschichte zwischen den Fronten relevanter Problem- und Konfliktlagen: "die Saar als Mittel zum Zweck". Manches Mal im Scheinwerferlicht internationaler Nachkriegsbühnen, fand sie sich dennoch zumeist nur indirekt angestrahlt. Selten stand die Saar wirklich im Mittelpunkt des Interesses beteiligter Akteure, eher schon im Zentrum jeweiliger Hintergedanken.

Symbolträchtig genug, um politisch Fluchtpunkt mannigfacher "Ersatzfehden" zu sein, um selbst als Stein deutsch-französischen Anstosses herzuhalten, war sie freilich zu wenig bedeutsam, um die breite öffentliche Gleichgültigkeit dieseits wie jenseits des Rheins zu erschüttern. Innersaarländisch mögen autonome Handlungsspielräume der Hoffmann-Regierung breiter gewesen sein als lange angenommen. International, für Politik und Politiker in Westdeutschland wie in Frankreich, blieb das Land ein mustergültiges "Exerzierfeld" übergeordneter Absichten, Bestrebungen und Fernziele, und dies weit über die Phase bis zum Wirtschaftsanschluß hinaus.

<sup>92</sup> Zum Inkrementalismus bezogen auf die amerikanische Deutschland- und Besatzungspolitik vgl. überzeugend John H. Baker, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikas Deutschlandpolitik 1943-1948, München 1981, vor allem S. 163-170.

<sup>93</sup> Vgl. Hervé Alphand, Note a.s. Problèmes allemands, 18.7.46, MAE PAAP 217/63.

<sup>94</sup> Vgl. z.B. Sozial-Psychologisches Institut für das Saarland (Hg.), Sondage de l'opinion publique en Sarre, n° 5 (Oktober 1947), Saarbrücken 1947, S. 11.

Die Saar für Konrad Adenauer: ein *“Konzessions-Mittel zum Zweck”*, im Vordergrund stand die Aussöhnung mit Frankreich, der konsequente Weg bundesdeutscher Westintegration und Souveränitätsausweitung. Die Saar für Jakob Kaiser: ein *“Argumentations-Mittel zum Zweck”*, im Vordergrund stand Deutschland im Ost-West-Konflikt, ein Dritter Weg zwischen den Blöcken, die mögliche Signalwirkung für eine *“große Wiedervereinigung”*. Die Saar für die IV. Republik: ein *“Kompensations-Mittel zum Zweck”*, im Vordergrund stand - nachdem der wirtschaftliche Stellenwert der Saar für Frankreich seit Ende der 40er Jahre weiter abgenommen hatte - das Bedürfnis nach hexagonaler Akzeptanz und internationalem Respekt, die Suche nach Stützwerk für innerfranzösische Großmachtrhetorik<sup>95</sup> einer westeuropäischen Mittelmacht mit bröckelndem Kolonialreich. Die Saar für Pierre Mendès France: ein *“Deblockade-Mittel zum Zweck”*, im Vordergrund standen für den *“homme du calendrier”* - nicht anders als für den *“homme du 18 juin”* vier Jahre später - nach rascher Erledigung europa- bzw. kolonialpolitischer Hausaufgaben ganz zentrale innenpolitische Reformvorhaben,<sup>96</sup> neben finanzwirtschaftlichen Innovationen vor allem die Entzerrung verkrusteter Strukturen der IV. Republik in Regierungsstil und -praxis. Die Saar blieb Mittel zum Zweck, bis zuletzt.

Erst die Abstimmung vom 23. Oktober 1955 und die *“kleine Wiedervereinigung”* mit der Bundesrepublik setzten dem ein Ende. Zugleich aber hörte die Saar ein für allemal auf, im vielfach gefilterten Rampenlicht internationaler Debatten zu stehen. Statt des unbestimmten Weges nach Europa begann für die Saarländer die Normalität des kleinen Landes innerhalb der Bundesrepublik, mit all den Schwierigkeiten, die auch das über kurz oder lang mit sich bringen sollte.

---

<sup>95</sup> Sinngemäß Wilfried Loth, Die Saarfrage in der deutsch-französischen Verständigung. Versuch einer Bilanz, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend XXXIV/XXXV (1986/87), S. 276-291, hier S. 286.

<sup>96</sup> Dazu Judith Hüser, Frankreich und die Abstimmung vom 23. Oktober 1955. Innen- und außenpolitische Problemstellungen zur Lösung der Saarfrage, in: Hudemann u. Poidevin (Hg.), S. 359-379, hier S. 362.